

Wegehenkel, Peter

Article — Digitized Version

## Die Zukunft des Steinkohlenbergbaus

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wegehenkel, Peter (1968) : Die Zukunft des Steinkohlenbergbaus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 10, pp. 593-596

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133900>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Die Zukunft des Steinkohlenbergbaus

Peter Wegehenkel, Hamburg

Das Hauptproblem des Steinkohlenbergbaus liegt in der Diskrepanz zwischen den Förderkapazitäten und dem Steinkohlenbedarf. Die unausgelasteten Kapazitäten verschlechtern die ohnehin nicht günstige Kostenlage der Bergwerksgesellschaften, da die in gewissen Grenzen von der Förderhöhe unabhängigen Kosten wie z. B. die Betriebs- und Verwaltungskosten, die Sozialkosten, die Beiträge für die Bergschadenversicherung und Pumpgemeinschaft, die erfolgsunabhängigen Abgaben und Steuern sowie die Kapitalkosten bei einem verringerten Fördervolumen anteilmäßig pro Tonne geförderter Steinkohle stark ansteigen. Während 1967 die technischen Fördermöglichkeiten eine jährliche Steinkohlenförderung von ungefähr 140 Mill. t erlaubten, hätten mit der damaligen Belegschaft etwa 125 Mill. t gefördert werden können. Doch bei einem Absatz von 114,6 Mill. t im Jahre 1967 blieben sowohl der technische Produktionsapparat als auch die Belegschaft unterbeschäftigt.

### SCHWIERIGE SCHÄTZUNG DES STEINKOHLLENBEDARFS

In der letzten energiepolitischen Diskussion ging es nicht mehr um die künstliche Erhaltung der gegenwärtigen Fördermöglichkeiten; diskutiert wird nur noch das Problem, wie weit man die Kapazitäten abbauen kann. Diese Frage kann unter drei Gesichtspunkten betrachtet werden:

- unter dem wachstumspolitischen Gesichtspunkt,
- unter dem Sicherheitsaspekt,
- unter dem Aspekt der Vermeidung sozialer Härten bei den freigesetzten Arbeitskräften.

Möglicherweise kommt man dabei zu verschiedenen Ergebnissen. Man müßte sich dann entscheiden, welches Ziel bei der Sanierung des Steinkohlenbergbaus im Vordergrund stehen soll. Damit wäre auch die Frage nach den zukünftigen Förderkapazitäten grundsätzlich beantwortet.

Es ist sehr schwierig, den zukünftigen Steinkohlenbedarf zu schätzen, denn da die relativen Energiepreise durch systematische wirtschaftspolitische Inter-

ventionen zugunsten der Steinkohlenpreise beeinflusst werden, entspricht der gegenwärtige Steinkohlenbedarf nicht den tatsächlichen Marktverhältnissen.<sup>1)</sup> Zölle, Kontingente, Heizölsteuern sowie die Koks-kohlensubventionen, die Verstromungsbeihilfen und die Frachthilfen stellen für den Energieverbraucher Daten dar, die seine Entscheidungen für die im volkswirtschaftlichen Sinne billigste Energie beeinträchtigen. Andererseits beeinflussen die staatlichen Erhaltungssubventionen auch die Unternehmenspolitik und induzieren nicht unerhebliche Kapitalfehlleitungen. Die Bergwerksgesellschaften investieren Kapital für die Rationalisierung der Steinkohlenförderung in der Hoffnung, eine günstige Kostensituation zu realisieren und somit die eigene Zeche vor der Stilllegung zu bewahren. Manche Bergwerksgesellschaft mußte trotz dieser Rationalisierungsanstrengungen die Zechentore schließen, weil die Rationalisierungserfolge durch den Absatzrückgang und die damit einhergehende Fixkostenbelastung kompensiert wurden. Die Fehleinschätzung der Marktentwicklung, die darin zum Ausdruck kommt, ist nicht zuletzt auf die staatliche Energiepolitik zurückzuführen. Die falsche Interpretation der 140 Mill. t Jahresförderung als Absatzgarantie der Bundesregierung mag hierfür ein Beispiel sein. Eine sehr bedenkliche Verzerrung der Faktorallokation ist durch die Begünstigung von Kraftwerkneubauten, die auf Steinkohlenbasis arbeiten, zu befürchten. Diese Kraftwerke können auf lange Sicht im Wettbewerb mit den Atomkraftwerken nicht bestehen, denn schon jetzt sind Atomkraftwerke ab 600 MW konkurrenzfähig. Mit dem Beharren auf der Steinkohle als Energieträger werden künstlich neue Subventionsobjekte gezüchtet.

### WETTBEWERB IM INTERESSE DER WACHSTUMSPOLITIK

Neben den möglichen Wachstumsverlusten, die in der Zementierung bisheriger Produktionsstrukturen durch

<sup>1)</sup> Vgl. S. Friedensburg, Rationalisierungsmaßnahmen und Rationalisierungserfolge im Steinkohlenbergbau der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1967, H. 3, S. 234.

staatliche Eingriffe liegen, können noch dauernde negative Wachstumswirkungen aus der Erhöhung des Energiepreisniveaus durch die Heizölsteuer und durch den Importkohlenzoll abgeleitet werden. So wurde z. B. aus einer Erhöhung des Energiepreisniveaus eine Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefolgert. Wenn auch eine Erhöhung der Energiepreise sich kaum auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auswirken dürfte, so sind doch negative Einflüsse auf den Kapitalstock und somit die Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht von der Hand zu weisen.

Im Interesse der Wachstumspolitik kann es deshalb nur die Lösung geben, daß sich die einheimische Steinkohle dem Wettbewerb mit dem Heizöl und der US-Importkohle stellt, auch wenn dadurch erhebliche Absatzverluste in Kauf genommen werden müßten. Das Corrigendum zur Energieenquete hält für 1970 bei Beibehaltung der gegenwärtigen Schutzmaßnahmen einen Absatz an einheimischer Steinkohle von ungefähr 100 Mill. t für möglich.<sup>2)</sup> Würde man aber die absatzstabilisierenden Schutzmaßnahmen wie die Heizölsteuer, den Kohlenzoll, die Kokskohlensubventionen, die Verstromungsbeihilfen sowie die Frachthilfen aufheben, so würden voraussichtlich wesentliche Teile des Steinkohlenabsatzes im Bereich der Elektrizitätswirtschaft durch Heizöl ersetzt. Der Kokskohlenbedarf der eisenschaffenden Industrie würde vorwiegend durch die US-Kokskohle gedeckt. Insgesamt wäre mindestens mit einem Absatzverlust von 40 Mill. t zu rechnen, so daß also Anfang 1971 bestenfalls ein Steinkohlenabsatz von 60 Mill. t zu erwarten wäre. Der Wachstumsbeitrag einer so veränderten Produktionsstruktur hängt davon ab, ob die aus dem Steinkohlenbergbau freigesetzten Produktionsfaktoren in anderen Bereichen eingesetzt werden können. Die Umschulungskosten sowie die Kosten für die Umstrukturierung des Ruhrgebietes spielen keine große Rolle, denn sie sind größtenteils einmalige Aufwendungen, die in einer Kosten/Nutzen-Analyse um so weniger ins Gewicht fallen, je länger der Planungszeitraum gewählt wird.

#### PROBLEMATISCHES SICHERHEITSARGUMENT

In der energiepolitischen Diskussion wird sehr oft von den Interessensvertretern des Steinkohlenbergbaus darauf hingewiesen, daß man nicht nur die augenblicklichen Preisvorteile bei den Importenergieträgern sehen dürfe, sondern daß man außerdem noch prüfen müsse, ob durch die ausländischen Energieträger eine sichere Energieversorgung zu stabilen Preisen auch zukünftig gewährleistet ist. Man kommt dann zu dem Ergebnis, daß die Energieversorgung sowie die Preis-sicherheit der Energie um so fragwürdiger werden, je

geringer der Absatz an einheimischer Steinkohle ist. Hieraus wird dann die Forderung nach Erhaltung des einheimischen Steinkohlenbergbaus durch absatzstabilisierende Maßnahmen abgeleitet.

Die Verknüpfung des zukünftigen Steinkohlenförder-niveaus mit dem Grundsatz einer sicheren Energie ist jedoch insofern problematisch, als man mit dem Sicherheitsargument jedes Steinkohlenabsatzniveau und damit jedes Steinkohlenförder-niveau rechtfertigen kann; man muß nur das Gespenst einer zukünftigen Versorgungskrise schwarz genug malen. Geht man davon aus, daß die einheimische Energie tatsächlich sicherer ist als die ausländische Energie, weil die politischen Verhältnisse in den Förderländern unstabil und die Transportwege leicht verwundbar sind, so hängt die Entscheidung über den zukünftigen Steinkohlenabsatz von der Risikofreudigkeit der politischen Entscheidungsträger ab. Auch bei einer beträchtlichen Import-abhängigkeit läßt sich jedoch das Energieversorgungs- und Energiepreisrisiko durch entsprechende Vorschriften über die Lagerhaltung von Mineralöl bzw. Heizöl vermindern. Das Sicherheitsargument kann somit nicht eine globale Absatzstabilisierung rechtfertigen, sondern höchstens eine Sicherung des Steinkohleneinsatzes in bestimmten, für die Volkswirtschaft lebens-wichtigen Verbrauchsbereichen. Danach dürfte ein Steinkohlenförder-niveau von ungefähr 100 Mill. t Jahresförderung für das Jahr 1970 dem Sicherheits-aspekt genügen.

#### DAS SOZIAL VERTRETBARE FÖRDERNIVEAU

Aus sozialer Sicht ist eine Herabsetzung des Förder-niveaus durch Zechenstilllegungen zur Anpassung der Förderkapazitäten an den Steinkohlenbedarf nur so- weit zu vertreten, wie neue Arbeitsplätze für die noch arbeits- und umschulungsfähigen freigesetzten Ber- gleute zur Verfügung stehen. Das Prinzip der Vermeidung sozialer Härten hat das Tempo des Umstruk- turierungsprozesses zu bestimmen. Die jüngsten Lohn- erhöhungen, die von der IG Bergbau als notwendige Maßnahmen zur Behebung des Arbeitskräftemangels bezeichnet werden, könnten den Eindruck erwecken, als ob es das Freisetzungproblem im Bergbau gar nicht mehr gäbe.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß es sich hier weniger um Maßnahmen zur Beeinflussung des Angebots an Bergarbeitern, sondern vielmehr um eine Einflußnahme auf die Angebotsstruktur handelt. Die zunehmende Überalterung der im Untertagebau be- schäftigten Bergleute ist auf den Lehrlingsmangel so- wie auf die ständige Abwanderung der jüngeren Arbeitskräfte in die Industrie zurückzuführen. Die strukturelle Verschiebung der Altersgruppen bei der untertagearbeitenden Belegschaft hat sich 1967, dem Höhepunkt der Steinkohlenkrise, weiter zuungunsten der jüngeren Altersgruppen verschlechtert. Nach Mei- nung der IG Bergbau kann der Bergbau für die jün-

<sup>2)</sup> Vgl. M. Liebrucks, „Corrigendum“ zum Energiegutachten von 1961, in: Vierteljahreshfte zur Wirtschaftsforschung, (Hrsg. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Jg. 1966, H. 2, S. 199.

geren Bergarbeiter nur attraktiv sein, wenn der Bergarbeiterlohn an der Spitze der Lohnskala steht.

Geht man von einem Förderniveau von 100 Mill. t aus, so besteht unter der Voraussetzung, daß bis Anfang 1971 die Schichtleistung auf 3,2 t v. F. pro Mann ansteigt und daß 220 Schichten im Jahr gefahren werden, ein Bedarf von ungefähr 142 000 Untertagearbeitern. Würde hingegen das Förderniveau auf 60 Mill. t gesenkt, so würden nur etwa 85 000 Untertagearbeiter benötigt. Dem Bedarf an Untertagearbeitern Anfang 1971 ist das voraussichtliche Angebot an Bergarbeitern gegenüberzustellen.

Bei einer Beschäftigung von 171 000 Untertagearbeitern im dritten Quartal 1967<sup>3)</sup> und einer jährlichen natürlichen Abgangsquote von 3% werden bis Anfang 1971 etwa 17 500 Bergleute wegen Invalidität, Berguntauglichkeit und Tod ausscheiden. Bei einem Steinkohlenförderniveau von 100 Mill. t sind also rd. 20 000 Untertagearbeiter entweder vorzeitig zu pensionieren oder aber für einen neuen Beruf umzuschulen. Eine Input-Output-Studie des Landes Nordrhein-Westfalen zeigt, daß der Freisetzungseffekt infolge der Fördereinschränkung noch weiter erhöht wird, wenn man auch die bei den Zuliefer- bzw. Investitionsgüterindustrien infolge eines verringerten Bestell- bzw. Auftragsvolumens zu erwartenden Arbeitsplatzeinbußen in Rechnung stellt. So hätte z. B. eine Fördereinschränkung um 17 Mill. t bis Anfang 1971 einen Nachfrageausfall von insgesamt 430 Mill. DM zur Folge.<sup>4)</sup> Bei einem durchschnittlichen Nettoproduktionswert von ungefähr 20 000 DM je Beschäftigten würde eine Verminderung des Nettoproduktionswertes des Ruhrgebietes um 430 Mill. DM zusätzlich ungefähr 21 500 Arbeitskräfte im Nichtsteinkohlensektor freisetzen, womit dann also insgesamt 41 500 Arbeitskräfte ihre Beschäftigung bis 1971 verlieren würden. Bei einer Senkung des Förderniveaus auf 60 Mill. t im Jahre 1970 müßten dagegen etwa 145 000 Arbeitskräfte ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. Daraus ergibt sich, daß unter sozialen Aspekten ein Förderniveau von 60 Mill. t indiskutabel ist, während die Arbeitskräftefreisetzung bei einer Rückführung der

Förderkapazität auf 100 Mill. t durchaus aufgefangen werden kann.

ZIELKONFLIKTE DER ENERGIEPOLITIK

Es scheint vor allem das Ziel der relativen Versorgungssicherheit gewesen zu sein, das die Anpassung der Produktionsstruktur an die sich ändernde Energiepreisstruktur verhindert hat, mit der Folge, daß die Produktionsfaktoren in einer Branche festgehalten werden, von der kein Beitrag zum Wachstum des Bruttosozialprodukts zu erwarten ist. Der Konflikt zwischen einer relativ sicheren Energie und einer für das Wachstum des Bruttosozialprodukts effizienten Verwendung der Produktionsfaktoren ist aber heute durch die Einsetzung eines Kohlebeauftragten zur Überwachung der Rationalisierungsmaßnahmen weitgehend entschärft worden. Vor dem Gesetz zur Anpassung der Förderung und der Förderkapazitäten an den Bedarf war die Verwirklichung der unbequemen überbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen kaum durchzusetzen. Einen Wettbewerb zwischen den einzelnen Zechen gab es aufgrund des Syndikatsvertrages nicht, und die Rationalisierungsmaßnahmen versprachen keinen zusätzlichen Steinkohlenabsatz, sondern nur einen geringeren Subventionsbetrag pro abgesetzter Tonne Steinkohle, weil die durch die Rationalisierungsmaßnahmen ermöglichte Preissenkung nur die subventionierte Kostendifferenz zwischen der Steinkohle und den Konkurrenzenergeträgern Heizöl und US-Importkohle verringert.

Den wachstumskonformen Veränderungen im Steinkohlenbergbau stehen jedoch Schwierigkeiten entgegen, die sich aus der einseitigen Produktionsstruktur des Ruhrgebiets ergeben. Die Zechenstilllegungen werden von der Bundesregierung durch die Stilllegungsprämien nur soweit gefördert, wie anderweitig Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Den Bergwerksgesellschaften sind damit erhebliche Fesseln im Hinblick auf die Rationalisierungsmaßnahmen angelegt worden. Was nützt eine schnelle Erhöhung der durchschnittlichen Schichtleistung pro Mann, wenn die zusätzliche Steinkohlenförderung nicht abgesetzt bzw. wenn der infolge der erhöhten Schichtleistung zu erwartende Förderanstieg nicht durch den Abbau der Förderkapazitäten verhindert werden kann?

<sup>3)</sup> Vgl. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Energiestatistik 1967, Nr. 2, S. 56.

<sup>4)</sup> Vgl. Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen ((Hrsg.), Untersuchungen zur Energiesituation, Input-Output-Analysen, Düsseldorf 1967, S. 28.

**DEUTSCHE SCHIFFSBELEIHUNGS-BANK**  
A K T I E N - G E S E L L S C H A F T

**Finanzierung von Schiffs-Neubauten im In- und Ausland**  
**Schiffspfandbrlefe für jeden Anlagebedarf**  
**Schiffsbeteiligungen werden vermittelt**

2 Hamburg 11 - Katharinenstraße 13 - Postfach 111920 - Ruf 362566 - FS 0214029

  
**HAMBURG**

Berechnungen der Walsum AG zeigen, daß sowohl das zukünftige Absatzgleichgewicht als auch die Höhe der Subventionen entscheidend von der Dauer der Anpassungsmaßnahmen abhängen.<sup>5)</sup> So kann nach Meinung der Vertreter des Walsum-Planes durchaus ein Gleichgewichtsförderniveau bei 110 Mill. t pro Jahr erreicht werden, wenn man die Überschußkapazitäten innerhalb von drei Jahren abbaut. Zieht man aber den Anpassungsprozeß über zehn Jahre hin, so werden jährlich nur noch 70 Mill. t abgesetzt werden können. Die Steinkohle würde infolge des relativ teureren Äquivalenzenergiepreises aus vielen Verwendungsbereichen vollkommen verdrängt werden, und die Zechenstilllegungen würden ständig dem sinkenden Steinkohlenbedarf nacheilen. Auch die finanzielle Belastung wird entscheidend durch die Länge des Anpassungszeitraums bestimmt. Es wird deshalb nötig sein, einen Kompromiß zwischen der — aus sozialen Gründen — möglichst langsamen Freisetzung von Arbeitskräften und dem wachstumsfördernden, schnellen Abbau der Kapazitäten zu finden.

#### ANPASSUNG DER FÖRDERUNG AN DEN BEDARF

Im Gesetz zur Anpassung der Förderung an den Bedarf hat das Wirtschaftsministerium bewußt auf eine quantitative Zielprojektion verzichtet. Es wird jedoch die Meinung vertreten, daß das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ausgearbeitete Anpassungsmodell den energiepolitischen Zielvorstellungen des Bundeswirtschaftsministers zugrunde liegt. Hiernach soll bis 1970 ein Gleichgewicht zwischen Steinkohlenabsatz und Steinkohlenförderkapazitäten auf einem Niveau von 90 Mill. t Jahresförderung hergestellt werden. In dem Anpassungsmodell sind für 1968 Zechenstilllegungen in Höhe von 20 Mill. t vorgesehen, für 1969 und für 1970 sind es jeweils 5 Mill. t. Unter diesen Voraussetzungen würden in diesem Jahr etwa 40 000 der in den bergbaulichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer freigesetzt werden, 1969 würden es ungefähr 15 500 Arbeitnehmer sein, 1970 nur noch 9000 Arbeitnehmer. Vergleicht man das Modell des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung mit neueren Daten über die Entwicklung des Energiemarktes, so ist für 1970 ein Absatz von mindestens 90 Mill. t sicher zu erwarten. Die Schätzungen zeigen, daß auch bei Annahme auslaufender Koks-kohlensubventionen ab 1969/70 bei einer Selbstbeschränkung des Heizölabsatzes ab 1969 auf einen Zuwachs von 6 % Absatzaussichten für 82,5 Mill. t Steinkohle auf dem deutschen Energiemarkt durchaus realistisch sind.<sup>6)</sup> Unter der Berücksichtigung eines möglichen Steinkohlen-

bzw. Koks-kohlenexports von 20 Mill. t wären dann etwa 100 Mill. t abzusetzen.

Zweifellos hat die Rezession des letzten Jahres, die den Steinkohlenbergbau besonders getroffen hat, der Energiepolitik der Bundesregierung neue Impulse gegeben. Man hat sich nicht nur über die Zielsetzungen einer Umstrukturierung des Ruhrgebiets geeinigt, sondern auch endlich konkrete Maßnahmen für die Durchführung dieser Aufgaben getroffen.

#### WIRTSCHAFTSPOLITISCHE LÖSUNGEN

Am 19. Mai dieses Jahres trat das Steinkohleanpassungsgesetz in Kraft, inzwischen hat der Bundesbeauftragte für den Steinkohlenbergbau seine Arbeit aufgenommen, und am 14. 8. hat auch der Kohlebeirat zum ersten Male getagt. Auf dieser Sitzung hat der Bundesbeauftragte eine langfristige Vorausschau über die Absatzmöglichkeiten im Kohlebergbau vorgelegt, die vom Kohlebeirat gebilligt wurde.

Die Zechenstilllegungen und die Rationalisierungsanstrengungen der letzten Jahre zeigen die ersten Erfolge. Der Abbau der Halden schreitet voran, und in diesem Jahr dürfte erstmals nach zehnjähriger Kohlenkrise wieder die gesamte Steinkohlenförderung abgesetzt werden. Danach ist zu hoffen, daß der weitere Abbau der Kapazitäten in der geplanten Form verlaufen wird.

Das hängt jedoch nicht zuletzt davon ab, ob die Konzentration im Steinkohlenbergbau mit Erfolg durchgeführt werden kann. Ein erster Schritt dazu ist getan; die meisten Zechen haben entschieden, sich in der vom Wirtschaftsministerium geforderten Gesamtgesellschaft zusammenzuschließen, die damit 80 % der Steinkohlenförderung repräsentiert. Die Zechen haben dadurch eine weitere staatliche Reglementierung des Bergbaus vermieden, denn nach dem Kohleanpassungsgesetz hat die Regierung die Möglichkeit, eine Konzentration mehr oder weniger zu erzwingen. Das Gesetz sieht vor, daß der Kohlebeauftragte bis zum 15. 11. eine Untersuchung über die optimale Unternehmensgröße im Steinkohlenbergbau zu erarbeiten hat. Diese Unternehmensgröße soll ab 1. 1. 1969 Voraussetzung für staatliche Subventionen werden.

So sehr es zu begrüßen ist, daß die Einheitsgesellschaft zustande kommen wird, so soll doch nicht vergessen werden, daß sie keine Patentlösung für die Kohlenkrise darstellt. Es dürften noch manche Probleme auftreten, bis sie voll arbeitsfähig ist und eine rationelle Kohlenförderung erreicht wird. Vor allem ist sie nur eine Maßnahme innerhalb des Gesamtkonzepts der Umstrukturierung des Ruhrgebietes. Mobilisierung und Umschulung der Arbeitskräfte, die Ansiedlung neuer Industrien, all das sind Probleme, die nur langfristig zu lösen sind.

<sup>5)</sup> Vgl. H. Mundorf, Der Walsumplan ist noch nicht tot, in: Industriekurier Nr. 156 v. 14. 8. 1967, S. 12.

<sup>6)</sup> Vgl. Bundeswirtschaftsministerium (Hrsg.), Jahreswirtschaftsbericht 1967/68, S. 30 (erschienen als Beilage zum Sachverständigen-gutachten für 1967/68).